Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 116 (2019)
Heft: 1

Artikel: Österreich : bald Sozialhilfe ohne Mindeststandards?
Autor: Schenk, Martin
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-865592

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Österreich: Bald Sozialhilfe ohne Mindeststandards?

Armutsgrenzen und Bedarf im letzten sozialen Netz in Österreich: Ein kritisches Licht auf offizielle Armutsgrenzen, Konsumerhebung, Referenzbudgets und einen neuen Gesetzesentwurf für die Sozialhilfe, der kein Existenzminimum mehr vorsieht.

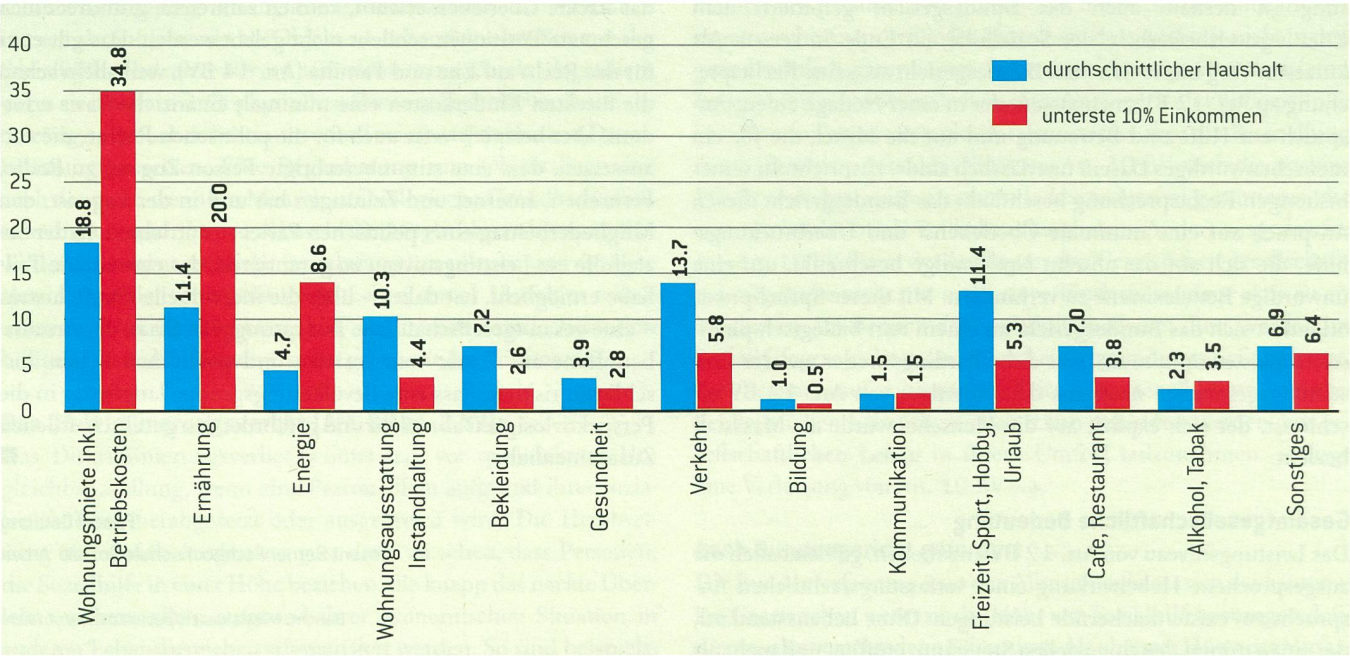
In Österreich gibt es eine «politische Armutsgrenze», die derzeit bei 863 Euro liegt. Abgeleitet wurde sie bisher vom Ausgleichszulagenrichtsatz für Pensionierte, der in Verhandlungen der Sozialpartner und des Parlaments festgelegt wurde. Seither steigt diese Grenze mit der Inflationsabgeltung. Mit der Entscheidung, im Armen keine verachtenswerte oder zu bemitleidende Person zu sehen, hat der grosse Soziologe Georg Simmel zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts einen entscheidenden Fortschritt im Reden und Denken über arme Leute erzielt. Simmel brachte die Frage der Bedürftigkeit mit der organisatorischen Ausgestaltung des Fürsorgesystems in Zusammenhang. Armutsdefinitionen bringen ja meist weniger zum Ausdruck, was ein Mensch braucht, als vielmehr, was die Gesellschaft ihm zuzugestehen bereit ist. Derzeit ist in Österreich ein Grundsatzgesetz zur Sozialhilfe in Diskussion, das auf österreichweiter Ebene kein Existenzminimum mehr festlegt. Es gibt dann keine Mindeststandards mehr, sondern nach unten ungesicherte Kann-Leistungen. Diese «Sozialhilfe» kennt auch in ihren Zielen – im Gegensatz zur aktuellen Mindestsicherung – keine «soziale und kulturelle Teilhabe».

Die «statistische Armutsgrenze» liegt derzeit bei ca. 1200 Euro – als Abweichungsmass von der Mitte definiert. Der «notwendige Bedarf» auf der Ausgabenseite wird von den Referenzbudgets berechnet: Das sind ca. 1400 Euro.

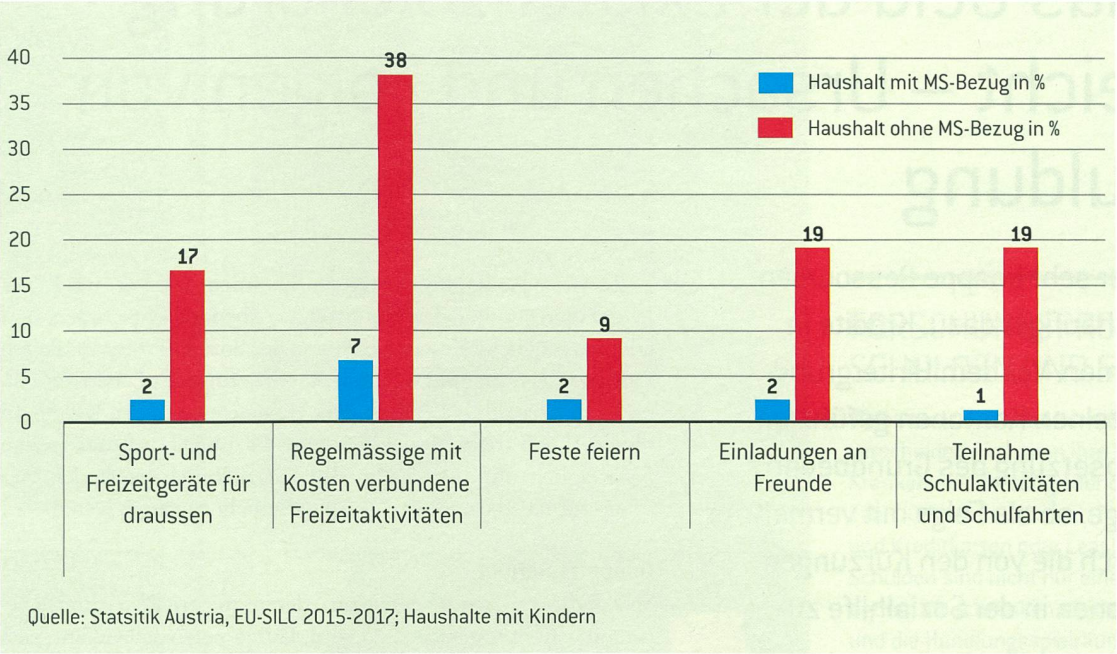
Für die Konsumerhebung führen mehr als 7000 Haushalte zwei Wochen lang ein Haushaltsbuch in dem alle Ausgaben erfasst werden. Die durchschnittlichen monatlichen Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte betragen 2990 Euro. Die gewichteten Pro-Kopf-Ausgaben (Äquivalenzausgaben) betragen im Schnitt 1970 Euro pro Monat. Wie viel geben die Menschen mit den geringsten Konsumausgaben in Österreich monatlich aus? Um diese Frage zu beantworten, kann ermittelt werden, wie viel die 10% der Bevölkerung mit den geringsten Ausgaben monatlich pro Kopf brauchen. Das sind entweder Menschen mit sehr geringen Einkommen und daher sehr geringen Konsummöglichkeiten oder Menschen, die ihren Konsum freiwillig stark einschränken. Die 10% mit den geringsten Konsumausgaben geben pro Kopf maximal 910 Euro pro Monat aus.

Allein für die Ernährung brauchen die sparsamsten Menschen 182 Euro pro Monat. Energie (Heizung und Strom) kosten monatlich 78 Euro. Wie der Vergleich mit Menschen in durchschnittlichen Haushalten zeigt, sind das zwei Budgetposten, wo verhältnismässig wenig gespart werden kann (die ärmsten und sparsamsten Haushalte müssen daher beinahe 30% ihres verfügbaren Budgets dafür ausgeben). Deutlich grössere Unterschiede herrschen hingegen bei der Mobilität, bei der Wohnungsausstattung, bei der Bekleidung sowie bei den Ausgaben in Restau-

Konsumerhebung: Ausgaben nach Person und Haushaltstyp (%)



Teilhabe-Chancen: Haushalte mit Kindern in der Mindestsicherung



Quelle: Statsitik Austria, EU-SILC 2015-2017; Haushalte mit Kindern

rants und für den gesamten Freizeitbereich. 53 Euro werden in den sparsamsten Haushalten Österreichs monatlich für Mobilität ausgegeben, 48 Euro für Freizeit, Sport und Hobbies. 40 Euro kostet die Wohnungsausstattung und Instandhaltung, 35 Euro werden in Cafés und Restaurants ausgegeben. Das ist jeweils nur ein knappes Viertel bis Fünftel eines durchschnittlichen Haushalts. 32 Euro werden für Alkohol und Tabak verbraucht, 25 Euro werden für Gesundheit aufgewendet, nur 24 Euro für Bekleidung und Schuhe, 14 Euro für Kommunikation, 5 Euro bleiben für Bildung. 57 Euro kosten sonstige Ausgaben wie Körperpflege, Versicherungen, persönliche Ausstattung und persönliche Dienste. Miete und Nebenkosten schlagen für diese Personen mit 317 Euro zu Buche.

Das heisst die ärmsten oder sparsamsten 10% der Bevölkerung brauchen pro Kopf ohne Wohnen maximal 593 Euro monatlich. Zum Vergleich: In einem durchschnittlichen österreichischen Haushalt sind es pro Kopf ohne Wohnkosten 1600 Euro. Die reichsten oder ausgabenfreudigsten 10% der Bevölkerung geben im Mittel ohne Wohnen in einem Monat mehr als 4100 Euro pro Kopf aus. Die Konsumerhebung stammt aus dem Zeitraum 2014/15. Seither hat die Inflation ca. 5% betragen.

Ausgabenraster für sieben Haushaltstypen

Die Schuldenberatungen rechnen sogenannte Referenzbudgets aus, in denen der notwendige Bedarf eines Haushaltes ermittelt wird. Referenzbudgets zeigen auf, was an Einkommen zur Verfügung stehen muss, um einen angemessenen, wenn auch bescheidenen Lebensstil zu ermöglichen. Es liegen Ausgabenraster für sieben Haushaltstypen vor, die notwendige monatliche Ausgaben darstellen: vom Ein-Personen-Haushalt bis zum Paar mit drei Kindern. Damit wird deutlich, welches Einkommen es braucht, um ein Leben zu führen, das gesunde Ernährung, angemessenen Wohnraum und ein Minimum an sozialer Teilhabe ermöglicht und ein Abgleiten in die Armut verhindert. Die Referenzbudgets 2018 weisen für eine alleinlebende Person monatliche Ausgaben von 1416 Euro aus. Für einen Ein-Eltern-Haushalt mit einem Kind liegt das Referenzbudget bei 2181 Euro.

Kinder und Jugendliche, die in Haushalten mit niedrigem Einkommen aufwachsen, haben Nachteile, die sich in mehreren Bereichen zeigen. Für Kinder in der Mindestsicherung (MS) zeigt sich die Gefahr des sozialen Ausschlusses in den geringeren Möglichkeiten Freunde einzuladen (10mal weniger als andere Kinder), Feste zu feiern und an kostenpflichtigen Schulaktivitäten teilzunehmen (20mal weniger, siehe Grafik).

Nur noch das Billigste und Notwendigste

In Armutshaushalten werden besonders bei länger andauernden Einkommenseinbussen anteilige Ausgaben für Bildung, Kultur und Erholung zugunsten der Ausgaben für Ernährung und Wohnung/Energie verringert. Meist ist am Ende des Geldes zu viel Monat übrig. Da müssen sich viele Betroffene dann entscheiden, ob sie die Krankenversicherung oder die Miete oder die Hefte zum Schulanfang für die Kinder bezahlen? Wenn es eng wird, dann gibt es nur einen Posten, der verfügbar ist: Essen. Sparen geht nur dort. «Dann hat es nur mehr Nudeln gegeben», erzählt Maria Scherrer*. An Einkaufengehen im Supermarkt denkt sie besonders ungern zurück. «Ich bin da blind durchgegangen, damit ich nur das Billigste und Notwendigste mitnehme.» Einkaufen bedeutete «Zwang und schlechte Stimmung». Jetzt geht es ihr und ihren drei Kindern wieder besser, rückblickend sagt sie: «Das Essen macht jetzt wieder Freude, kann wieder etwas Schönes sein.»

*Name geändert

Martin Schenk
Sozialexperte und stv. Direktor der Diakonie Österreich,
Mitbegründer der österr. Armutskonferenz,
Lehrbeauftragter Fachhochschule Campus Wien.